Januar 1997 Extra

blickpunkt

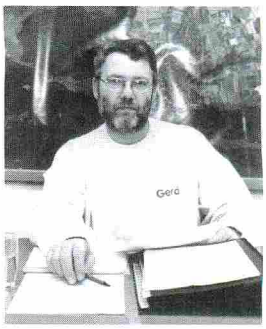
Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Programm '97

DKP

Offene Liste

GERD SCHULMEYER
WOLFSGARTENSTRASSE 2
TELEFON 23366
64546 MÖRFELDEN-WALLDORF



Liebe Bürgerinnen und Bürger
von Mörfelden-Walldorf

Am 2. März 1997 wird unser Stadtparlament neu gewählt. Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Mörfelden-Walldorf tritt zur Kommunalwahl 1997 mit einer für parteilose Kandidatinnen und Kandidaten offenen Liste an. Ziel der Kandidatur ist die Fortsetzung der parlamentarischen Arbeit als linke Opposition in unserer Stadt. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt: Linke Opposition bleibt notwendig! Gerade in einer Zeit des Sozialabbaues auf allen Ebenen ist es notwendig, daß im Stadtparlament Abgeordnete sitzen, die nicht alles widerspruchslos hinnehmen.

Wie Sie sicher auch betrachten wir die allgemeine Entwicklung mit Sorge. Die politische Lage der Welt hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Die Veränderungen haben allerdings kein Menschheitsproblem gelöst. Die Gefahr von Kriegen ist geblieben, die ökologischen Schäden wachsen, die Ausbeutung der Entwicklungsländer nimmt zu, Not, Elend, Hunger und kriegerische Konflikte führen zu weltweiten Flüchtlingsströmen, die Armut wächst.

Auch in unserem Land ist der „reale Kapitalismus" dabei, in ungeheurem Tempo soziale Errungenschaften abzubauen. Die Globalisierung nutzend erzielt das Kapital mit immer weniger Arbeitskräften Maximalgewinne und ist zudem in der Lage, auf internationalen Märkten Finanzspekulationen gigantischen Ausmaßes zur Anhäufung neuer Profite zu tätigen. Den Reichen werden weitere Steuergeschenke gemacht, während Lohnabhängigen, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Alten und Kranken immer schmerzlichere Opfer zugemutet werden. Die große Umverteilung von unten nach oben treiben vor allem CDU/CSU und F.D.P. voran. Bei der Kommunalwahl sollten dafür CDU und F.D.P. die Quittung erhalten.

In dieser Zeit der Unsicherheiten stellen wir uns wieder zur Wahl, weil die alten Aufgaben geblieben sind, weil ständig neue Herausforderungen hinzukommen und weil es immer notwendiger wird, gegen den Sozialabbau Widerstand zu leisten - im Parlament und außerparlamentarisch.
Wir wollen als eine in dieser Stadt historisch gewachsene linke Kraft weiterhin engagiert Politik für die »kleinen Leute« machen, wir wollen weiter mit dem »blickpunkt« die Stadtpolitik durchschaubarer gestalten.Deshalb treten wir an.

Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen in Kurzfassung unser Kommunalwahlprogramm vor. Wir würden uns freuen, wenn Sie Zeit zum Lesen finden und uns Anregungen und weitere Vorschläge zukommen lassen würden.

Mit freundlichem Gruß

Soziales

In Deutschland gibt es immer mehr Reiche und immer mehr Arme. Die Kommunen sind immer weniger in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen.
Die Sozialpolitik der Kommune kann nicht das ausgleichen, was in Betrieben und in Bonn an Unsozialem beschlossen und praktiziert wird.

Doch sind Punkte wie sozialer Wohnungsbau und -vermittlung, Vereins- und Organisationsunterstützung ein künftig immer wichtigeres und dringenderes Aktionsfeld für die kommunale Politik.
Sozialpolitik wird also an Bedeutung zunehmen. Soziale Politik im kommunalen Geschehen stand und steht für uns im Mittelpunkt. Bei allen Parlamentsentscheidungen werden wir darauf achten, daß die Interessen der »kleinen Leute« berücksichtigt werden.

DKP *Offene Liste*
damit im Stadtparlament
weniger Kopfnicker sitzen

Finanzen

Es gibt genug Geld. Hunderte Milliarden DM deutsches Kapital „vagabundieren" weltweit. Die großen Banken und Konzerne machen Superprofite. Steuerflucht und Korruption werden nicht eingedämmt. Für die Rüstung werden immer noch gigantische Summen verschwendet. Aktuell: 30 Milliarden für den Eurofighter.

Daran muß man auch denken, wenn man in einem Kommunalparlament arbeitet.
Gebührenerhöhungen und weitere Belastungen der Bevölkerung lehnen wir ab. Die Bürgerinnen und Bürger bezahlen gerade genug Steuern. Wir wollen, daß auch aus den Kommunen die Proteste gegen die „Finanznot" stärker werden.

„3. Stadtrat"? Nein danke!

Überall spricht man vom „Sparen". Meist kommt dabei der Griff in die Taschen der „kleinen Leute" heraus.

Trotzdem, auch in unserer Kommune kann gespart werden. Zum Beispiel: Bei unterschiedlichen Koalitionszusammensetzungen in unserer Stadt diskutiert man zunächst über die Neuverteilung der Posten. Frühere Amtsinhaber werden dann hochbezahlte Spaziergänger. Wir wollen keinen CDU-Stadtrat. Ein dritter Hauptamtlicher kommt für uns ebenfalls nicht in Frage. Wir werden entschieden, wenn es sein muß auch mit einem Bürgerbegehren, dagegen kämpfen.

Jugend und Arbeit

Jugendpolitik hat viele Felder. Dazu gehört vor allem die Schaffung von genügend Ausbildungsplätzen und Vollbeschäftigung. Dafür kann auch eine Stadt etwas tun.

Die DKP / Offene Liste tritt dafür ein, daß sich regionale Firmen und Unternehmen, Städte und Gemeinden im Kreis Groß-Gerau, Gewerkschaften und Parteien an einen Tisch setzen, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.
Wir fordern die Einführung einer Schnupper- und Informationsbörse, wo sich örtliche Ausbildungsbetriebe vorstellen und Jugendliche über Ausbildungsplätze informieren können. Dazu gehört auch, daß die hiesigen Firmen und Unternehmen ihre Ausbildungsplätze in den örtlichen Zeitungen ausschreiben, bis sie besetzt sind. Jugendarbeitslosigkeit ist einer der schlimmsten Auswirkungen der "freien Marktwirtschaft". Dieser Politik stellt sich die DKP / Offene Liste entschieden entgegen!
- **Jugendliche wollen ein selbstbestimmtes und freies Leben führen!**
- **Arbeit ist ein Menschenrecht!**
- **Wer nicht ausbildet, muß zahlen!**
- **Mehr Lehrstellen auch bei der Stadt!**

Stadtentwicklung

Der Wohnwert, die Lebensqualität muß erhalten werden. Das bedeutet, daß wir auch die Entwicklung des Umlandes beobachten müssen. Also, keine Ausweitung des Flughafens, keine Rodungen für Kiesgruben und ähnliche Vorhaben. Eine weitere Zersiedlung und Zubetonierung unserer Landschaft lehnen wir grundsätzlich ab.

Die innerstädtische Entwicklung muß absoluten Vorrang haben.
Eine weitere Ausdehnung der Flächen für Industrie- und Baugebiete ist nicht zu verantworten. Die Stadt sollte auf die niedergelassenen Firmen einwirken, damit Entsiegelungsmaßnahmen (z.B. Nürnberger-Bund-Gelände etc.) beginnen können. Zu lange haben sich in unseren Industriegebiet vor allem Flächenverbraucher angesiedelt, während sich arbeitsplatzintensive Unternehmen kaum niedergelassen haben. Großmärkte im Industriegebiet lehnen wir ab.
Die Stadt muß offen bleiben für überschaubare und naturnahe Strukturen, für nachbarschaftliches Miteinander. Eine „Verstädterung" im negativen Sinn wollen wir nicht.

DKP *Offene Liste*
damit Sozialpolitik in
unserer Stadt
großgeschrieben wird

Verkehr

Das Thema Autoverkehr wird die Kommunalpolitik noch lange beschäftigen zumal die Verkehrsbelastung in vielen Straßen (z.B. Westendstraße) immer unerträglicher wird. Alle Verkehrswege durch das Stadtgebiet müssen vor allem danach untersucht werden, ob sie kinder- und altengerecht sind.

Wir wollen im gesamten Stadtgebiet die schnelle und unbürokratische Einführung von Tempo 30. Alle in diesem Zusammenhang vorgesehenen Um- und Rückbaumaßnahmen im Straßenraum müssen mit Anwohnern, Zulieferern und Hilfsdiensten abgestimmt werden.
Der Durchgangsverkehr muß raus aus Mörfelden. In den Stadtkernen dürfen nicht weiter Wohngebäude für Autoabstellplätze abgerissen werden. Ein Parkdeck in der Mörfelder Innenstadt, das erneut Verkehr ins Zentrum ziehen würde, lehnen wir ab.

DKP *Offene Liste*
damit der „blickpunkt"
weiter informieren kann

Personennahverkehr

Die Verwahrlosung der Bahnhöfe ist skandalös. Bahnunterführungen sind zunehmend verdreckt, die Brücke über die Bahn in Höhe der Mörfelder Mainstraße ist eine gefährliche Fehlkonstruktion. Die Sicherung des Bahngeländes in Mörfelden und Walldorf ist unzureichend.

Wir brauchen deshalb mehr städtischen Druck auf die Bahn AG. Der öffentliche Personennahverkehr muß gefördert werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, daß die Bahnhöfe attraktiv und servicefreundlich werden. Die Stadt muß einen S-Bahn-Anschluß erhalten.
Fahrpreiserhöhung im RMV lehnen wir entschieden ab. Fahrpreise müssen Anreiz sein, das Auto stehen zu lassen.
Die Buslinien müssen ausgebaut werden, eine ständige Werbung für diese Buslinien muß erfolgen. Der Einsatz von Kleinbussen und Sammeltaxis muß erprobt werden.

DKP *Offene Liste*
damit Gebührenerhöhungen
in Frage gestellt werden

Flugverkehr

Nach dem Bau von Cargo-City gibt es neue Bedrohungen gegen das Umland. Schon wird von CDU-Politikern die Ausweitung des Flughafens „über den Zaun hinaus" gefordert. Man führt „Mondscheintarife" ein, die zu vermehrten nächtlichen Flügen führen werden.

Gerade Kommunalpolitiker der Flughafenanrainer-Kommunen müssen gegen diese Bestrebungen auftreten. Wir sind gegen jeden weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens. Wir wollen neue Lärmmeßstellen und eine regelmäßige Überprüfung der Luft auf Schadstoffe, ein absolutes Nachtflugverbot, neue Schallschutzmaßnahmen. Der Bodenlärm muß endlich gestoppt werden.
Die ständige Verminderung der Lebensqualität durch den Flughafen muß Thema des Stadtparlaments bleiben.

Radwege

Fahrradfahren gewinnt an Bedeutung. Deshalb fordern wir seit vielen Jahren im Stadtparlament eine fahrradfreundliche Stadt. Wenn Radfahren sicher und bequem ist, gibt es Chancen, den innerstädtischen Autoverkehr einzuschränken.

Wir wollen den schnellen Bau von Radwegen in der Stadt, in die Naherholungsgebiete und zu anderen Städten und Gemeinden, die Errichtung von Fahrradabstellplätzen mit diebstahlsicheren Fahrradständern an zentralen Stellen der Stadt (Rathäuser, Bahnhöfe, Geschäfte, Einkaufsmärkte). Wir wollen Randsteinabsenkungen im Bereich der Radwege und überall da, wo Radfahrer fahren müssen.

DKP *Offene Liste*
damit der Flughafen
auf der
Tagesordnung bleibt

Frauentreff

Der Frauentreff Mörfelden-Walldorf ist zu einer außerordentlich erfolgreichen Einrichtung geworden. Nun braucht er größere Räumlichkeiten.

Wir unterstützen die Forderung für ein Frauenzentrum mit einem festen Haushaltstitel. Das Frauenzentrum sollte mit einer Sozialarbeiterin besetzt sein, die in enger Zusammenarbeit mit den Frauenbeauftragten in sozialen und persönlichen Fragen sachkundig beraten kann.

Kindereinrichtungen

Auf Initiative der DKP/OL-Fraktion gibt es in Mörfelden-Walldorf ein KITA-Sofortprogramm. Jedes Kind im entsprechenden Alter hat einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Sie müssen deshalb dem Gesetz entsprechend zur Verfügung gestellt werden. Dafür werden wir uns auch weiter einsetzen.

Aus gesamtgesellschaftlicher Verantwortung werden wir Plänen zur Personalreduzierung bei städtischen Einrichtungen und geplanten Gebührenerhöhungen entgegentreten.
Wir sind gegen die Erhöhung der Gruppenstärke in Kindertagesstätten, halten die Verpflegung in KITAs durch eine eigene Küche für wichtig.
Spielplätze müssen besser gewartet, neue Spielplätze gebaut werden. Der Spielplatzsand muß regelmäßig erneuert werden. Die momentan praktizierte Sieb-Methode lehnen wir ab.
Es ist höchste Zeit, daß in Walldorf-Ost, der von der DKP/OL beantragte Kinderspielplatz eingerichtet wird.

Schulen

Auf den Kreis Groß-Gerau als Schulträger muß Druck ausgeübt werden, damit die Schulen in einen ordentlichen Zustand versetzt werden.

Der bauliche Zustand aller Grundschulen muß überprüft, notwendige Renovierungen durchgeführt werden.
Die „betreuten Grundschulen" müssen ausgebaut und überall eingeführt werden.
Die „Bertha-von-Suttner"-Schule mit ihrer gymnasialen Oberstufe hat eine große Bedeutung für unsere Stadt. Ihr gehört jegliche Unterstützung. Land und Kreis müssen hier in die Pflicht genommen werden.

Rathaus Walldorf

Die Renovierung des Walldorfer Rathauses ist notwendig. Wir sagen zu Veränderungen im Rathaus Walldorf „ja", soweit es den dort Beschäftigten zugute kommt und den Bürgerservice (Publikumsverkehr) verbessert.

Ein Investitions- und Zeitplan ist zu erarbeiten, um notwendige Sanierungsarbeiten (z.B. Fassade, Fenster, Wärmeschutz etc.) zu realisieren. Die alten Pläne für Repräsentationsräume lehnen wir ab.

DKP *Offene Liste*
damit die Grünen
nicht noch mehr
durcheinander machen

Vereine

Es bleibt dabei: Wer in den Sport investiert, investiert Geld für die Gesundheit und die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, hier sparen zu wollen.

Die Vereinsbezuschussungsrichtlinien dürfen nicht angetastet werden.
Wir wollen, daß der Mangel an Sportstätten beseitigt wird. Wir fordern ausreichende Mittel für den Erhalt und den Ausbau bestehender Einrichtungen. Hierzu gehört die Anlage neuer Sportstätten an der Gesamtschule und Spielmöglichkeiten für Basketball, Volleyball und den Rollschuhsport.
Wir wollen eine Laufbahn für Leichtathleten (Tartanbahn) im Mörfelder Stadion. Eine Ballsporthalle sollte geplant werden.

DKP *Offene Liste*
damit Hugo Jung (CDU)
am Wahlabend alt aussieht

Kultur

Wir wollen weitere Initiativen für ein städtisches Kulturprogramm und ausreichende Mittel zur Unterstützung kultureller Arbeit.

Im Gewölbekeller im »Goldenen Apfel« sollte, vor allem in den Wintermonaten, ein ständiges Programm angeboten werden.
Örtliche Vereine, Initiativen und Künstler sollten in das städtische Kulturangebot mehr einbezogen werden.
Wir wollen, daß die Kulturinitiative bald einen festen Raum für ihre Angebote findet.

Gesundheit

Lärm und Luftverschmutzung belasten zunehmend die Gesundheit der Menschen in der Flughafenregion - wir wollen eine Untersuchung, die Zusammenhänge erforscht.

Hier sind auch eigene Initiativen der Stadt gefordert.
Wir fordern für das gewachsene Industrie- und Gewerbegebiet einen überbetrieblichen werksärztlichen Dienst.
Wir sind für die Erhaltung des Therapeutikums im Altenhilfezentrum - mit Bewegungsbad. Dazu ist die Einbeziehung der örtlichen Ärzteschaft, der Hilfsdienste, der Gesundheitskommission nötig. Eine Vermietung von Räumen im Ärztezentrum an Anwaltskanzleien etc. lehnen wir ab. Die Stadt Mörfelden-Walldorf soll sich stattdessen für die Niederlassung von Fachärzten einsetzen (z.B. Neurologen, Urologen, Psychologen/ Kinderpsychologie).

Umweltschutz

Das Thema Umweltschutz muß für die Kommunalpolitik der Zukunft einen noch höheren Stellenwert erhalten. Dazu gibt es vielfältige große und kleine Möglichkeiten.

Die Ozonmessungen sollten in unserer Stadt auch weiter stattfinden. Dazu ist die technische Ausrüstung auch von der Stadt zu fördern.
Wir wollen neue Initiativen zur Sanierung unserer heimischen Fließgewässer. Wir fordern regelmäßige Kontrolle durch Entnahme von Wasserproben verbunden mit öffentlicher Berichterstattung.
Wir fordern neue städtische Kampagnen, die zum sparsamen Umgang mit Trinkwasser aufrufen und finanzielle Mittel für den Einbau wassersparender Einrichtungen. Wir halten eine eigene Wasserversorgung nach wie vor für außerordentlich wichtig. Wasserwerke und Kläranlagen müssen auf den bestmöglichen Stand gehalten werden.
Wir fordern eine strenge Kontrolle und Reduzierung der landwirtschaftlichen Intensivwirtschaft in unserer Gemarkung, vor allem für das Gebiet zwischen Mörfelden und Walldorf ein Ende der Großflächenwirtschaft. Wir wollen dafür die Anlage von Streuobstwiesen und die Pflege des alten Obstbaumbestandes. Dazu ist die Brachlandpflege zu organisieren.
Wir sind für ökologische Waldbearbeitung und halten den Einsatz von Großmaschinen für falsch. Wir sind für Artenvielfalt, gegen zu hohe Wildbestände. Die Erholungsfunktion des Waldes muß vor der wirtschaftlichen Nutzung kommen.
Wir sind für die Entsieglung von öffentlichen Flächen.

DKP *Offene Liste*

damit die etablierten
Parteien
nicht unter sich bleiben

Ältere Mitbürger

Wir haben darauf zu achten, daß ältere Bürgerinnen und Bürger nicht in Vergessenheit geraten. Dazu gehört vor allem, daß keine Mittelkürzungen für Betreuungsangebote stattfinden.

Wir wollen die Prüfung, ob öffentliche Verkehrswege (Ampeltakte, Rad- und Fußwege, Geländer, Randsteine, Stufen etc.) den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechen.
Wir wollen, daß die Stadt die Kosten für ein Notrufsystem für alte und kranke Bürgerinnen und Bürger (die in ihrer gewohnten Umgebung wohnen wollen) übernimmt.

Jugend

Kommunale Jugendpolitik war schon immer ein Stiefkind. Die Jugendarbeit soll in unserer Stadt einen höheren Stellenwert einnehmen und braucht mehr Unterstützung.

Wir wollen bessere Bedingungen für die Jugendarbeit in Mörfelden-Walldorf (mehr Mittel für Jugendzentren, Honorarkräfte, Jugend- und Streetworkerarbeit, Arbeitsmaterial). Die Jugendzentren haben eine große Verantwortung bei der Verhinderung rechtsradikaler Entwicklungen.
Wir sind gegen Einsparungsmaßnahmen bei der Drogenberatung, die eigenständige Beratungsstelle in Mörfelden muß erhalten werden.

- **Notwendig ist ein ein Münzsprechautomat in beiden Jugendzentren.**
- **Wir wollen mehr Räumlichkeiten für Jugendliche, z.B. Proberäume für Bands.**
- **Weg mit den Gittern am Jugendzentrum in Mörfelden. (Der Anblick dort erweckt den Eindruck eines Jugendgefängnisses.)**

Jugendpolitik heißt aber auch Beteiligung der Jugend an der Kommunalpolitik. Wir wollen ein Jugendparlament mit Antrags- und Rederecht im Stadtparlament.

Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht in Vereinen organisiert sind und dies auch nicht immer wollen, haben in Mörfelden-Walldorf kaum Möglichkeiten ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten. In unserer Stadt gibt es eine regelrechte "Landflucht der Jugend". Sie bevorzugen Städte wie Frankfurt, Groß-Gerau, Mainz oder Darmstadt, weil man sie hier ihre junge Kultur nicht leben läßt. Daher wäre ein Kulturcafé nach wie vor ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Gläsernes Rathaus

Die Kommunen sind die demokratische Basis der Gesellschaft. Wir halten eine Schwächung der demokratischen Selbstverwaltung durch rein betriebswirtschaftlich orientierte städtische „Firmen" für falsch.
Wir lehnen die Privatisierung städtischer Leistungsangebote ab, weil sie kein Ausweg aus der finanziellen Misere der Kommunen sind.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die Rathauspolitik durchschaubarer machen; das betrifft auch die Arbeit des Magistrates.
Bürgerversammlungen müssen weiter stattfinden. Über einen interessanteren Ablauf muß nachgedacht werden.
Mit der monatlichen Herausgabe unserer Stadtzeitung „blickpunkt" werden wir weiter dazu beitragen, daß man draußen sieht, was drinnen vorgeht.

Wohnen

Wohnen ist ein Grundrecht. Eine Stadt muß sich daran messen lassen, ob genügend bezahlbarer Wohnraum für die Bürgerinnen und Bürger vorhanden ist.

Wir sind gegen Mieterhöhungen bei allen Sozialwohnungen, insbesondere auch in gemeindeeigenen Wohnungen.
Wir wollen eine stärkere Mitbestimmung der Stadt bei Wohnungsbaugesellschaften, die erhebliche Geldmittel von der Stadt erhalten. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die Stadt nicht selbst im Wohnungsbau aktiv werden kann.

DKP *Offene Liste*

damit es nicht wieder einen „3. Stadtrat" gibt

Müll

Man muß weiterhin darüber nachdenken, daß Müllkonzepte eigentlich die Müllvermeidung in den Vordergrund stellen müssen.

Neue Konzeptionen der Müll»beseitigung« müssen vernünftig sein und nicht nur dazu angetan sein, die Bevölkerung abzukassieren. Wir unterstützen alle Initiativen für die Einrichtung eines Recyclinghofes in unserer Stadt.

DKP *Offene Liste*

damit rechten Positionen entgegengetreten wird

Kommunale Eigenständigkeit

Vor einigen Monaten gab es in der SPD Diskussionen die auf eine Gebiets- und Verwaltungsreform hinauslaufen (Jordan-Papier). Mit der Nähe zur Kommunalwahl ließ man die Gespräche aus taktischen Gründen einschlafen. Man darf sich darauf einstellen, daß man nach der Wahl alles wieder aus der Schublade holen wird.

Wir weisen alle Versuche, die kommunale Eigenständigkeit anzutasten, entschieden zurück.
Wir werden alles tun, daß die diversen Gebietsreform-Pläne verhindert werden; wir denken dabei auch an die Organisierung eines Bürgerbegehrens.

Friedenspolitik

„Ohne Frieden ist alles nichts!" Die Stadt muß friedenspolitische Initiativen fördern und entwickeln. Wir wollen, daß dazu auch die Städtepartnerschaften mit Vitrolles und Wageningen genutzt werden.

Das Munitionsdepot im Oberwald sollte schnellstens auf Kosten der seitherigen Nutzer saniert werden, damit die Bevölkerung diesen Wald als Erholungsgebiet nutzen kann. Wir fordern die endgültige Schließung der US-Airbase und die Einstellung aller Waffen- und Kampfmitteltransporte. Wir sind gegen Plutonium-Transporte über den Flughafen Frankfurt.

Solidarität

Allen Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist auch in der Kommune entgegenzutreten. Besonders muß neonazistischer Ausländerhetze durch vielfältige Aktivitäten (strafrechtliche Verfolgung, politische Resolutionen, Veranstaltungen, Feste und Kulturarbeit) begegnet werden. Hier muß man auf die Probleme der sogenannten III. Welt und ihre Ursachen eingehen.

Wir fordern von der Stadt: Keine Vermietung von Räumlichkeiten für antidemokratische, reaktionäre Gruppen und Organisationen.
Die Mittel für solidarische Hilfe in Entwicklungs- und Krisengebieten müssen weiter bereitgestellt werden.

Wir machen Ihre Stimme laut!

DKP *Offene Liste*

Wir greifen auch außerparlamentarisch ein.

Unser „blickpunkt" erscheint regelmäßig.

Die seitherige Stadtverordnetenfraktion der DKP / Offene Liste. Von links: Rudolf Dötsch, Bau- und Vereinsausschuß; Rudi Hechler, Haupt- und Finanzausschuß; Helga Fritz, Umweltausschuß; Gerd Schulmeyer, Fraktionssprecher und Sozialausschuß; Heinz Hechler, Ehrenamtliches Mitglied im Magistrat. Erfahrung, Kompetenz. Sie wird auch morgen gebraucht.

Die Wirtschaft macht
Gewinne
ohne Rücksicht auf
Verluste

DKP Offene Liste

Der Sozialabbau trifft auch die Kommune.
Wir sagen: Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben.

Damit Ihre Stimme
zählt

DKP Offene Liste

Wir sind Opposition,
für einen Stadtratsposten
lassen wir uns
nicht kaufen.

Bei der Rüstung kürzen,
damit die
Kommunen
nicht zu kurz kommen

DKP Offene Liste

Dreißig Milliarden
für den Eurofighter
sind ein ungeheurer
Skandal.

Demokratie braucht Opposition

Linke Opposition bleibt notwendig!